



Cornelia Behm Nachrichten



Informationen der Brandenburger Bundestagsabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen, Cornelia Behm

Ausgabe 1 – April 2005

KOLUMNE

Liebe Leserin, Lieber Leser

„Schon wieder ein Informationsblatt?“ werden Sie sagen, und sich zum wiederholten Male fragen, wie Sie denn die ständig auf Sie einströmende Informationsflut bewältigen sollen. Doch wenn Sie noch ein bisschen weiterlesen, werden Sie bemerken, dass hier tatsächlich etwas Neues und sehr Persönliches erschienen ist: Ihre Bundestagsabgeordnete berichtet über ihre Arbeit.

Obwohl sich inzwischen viele Brandenburgerinnen und Brandenburger via Internet mit den neuesten Informationen versorgen, ist die gute alte Zeitung noch nicht aus der Mode gekommen. Hier hat man schwarz auf weiß, was der Herausgeber für wichtig hält, man kann sie weglegen, wieder zur Hand nehmen und auch weitergeben.

Mit meinem Nachrichtenblatt möchte ich Sie künftig einmal im Vierteljahr darüber informieren, an welchen Entscheidungen des Bundestages ich gerade mitwirke und wo ich in Brandenburg vor Ort bin. Natürlich kann der Überblick weder vollständig noch tagesaktuell sein. Deshalb lade ich Sie ein, mich außerdem auf meiner Internetseite www.cornelia-behm.de zu besuchen.

Herausragendes Thema zu Beginn des Jahres war das Gentechnik-Gesetz. Auch der zweite Teil hat jetzt den Bundestag passiert und ist dem Bundesrat zugeleitet worden. Nun liegt es an den Ländern, ob wir auch künftig noch garantiert gentechnikfreie Lebensmittel aus deutscher Produktion auf den Tisch bekommen. Mehr dazu finden Sie auf dieser Seite.
Ihre

Cornelia Behm

Landwirtschaft

Der Verbraucher entscheidet

Seit Jahren lehnt eine große Mehrheit der Bevölkerung Gentechnik in ihren Lebensmitteln ab. Die rot-grüne Gentechnikgesetzgebung ist ein wichtiger Grundpfeiler dafür, dass jeder Verbraucher und jede Verbraucherin auch weiterhin gentechnikfreie Lebensmittel kaufen und gentechnisch veränderte zweifelsfrei erkennen kann.



Wenn es nach dem Willen der Verbraucher geht, bleibt dieses Feld gentechnikfrei. Rot-grüne Agrarpolitik sorgt dafür, dass gentechnikfreie Landwirtschaft weiter möglich ist.

Im Februar trat das lange umkämpfte neue Gentechnikgesetz in Kraft. Es enthält Regelungen für den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen (GVO). Vielfach wird gefragt, warum Rot-Grün den Anbau von GVO nicht einfach verbietet. Die Antwort lautet: Ein Verbot ist mit EU-Recht unvereinbar. Deutschland muss die EU-Freisetzungs-Richtlinie umsetzen und den Gentechnikanbau erlauben. Allerdings hat die Koalition den Gestaltungsspielraum so genutzt, dass die Gentechnik bereits etablierte Anbauformen, die ohne Gentechnik auskommen, nicht verdrängen kann. Denn nur dann haben auch in Zukunft Verbraucher und Landwirte die Möglichkeit, sich für oder gegen Gentechnik in ihren Lebensmitteln zu entscheiden.

Kern des neuen Gentechnikgesetzes ist die Haftungsregelung. Mit ihr

können sich Landwirte rechtlich durchsetzen, wenn sie einen Schaden durch einen Eintrag von GVO haben. Wer GVO anbaut, muss für eine Verunreinigung gentechnikfreier Anbauflächen haften. Dadurch wird derjenige geschützt, der gentechnikfrei produzieren will. Es wird erwartet, dass diese verschuldensunabhängige und gesamtschuldnerische Haftungsregelung dem Gentechnikanbau enge Grenzen setzen wird.

Neu ist auch das Standortregister: Das jetzt geltende Gentechnikgesetz sieht vor, dass öffentlich bekannt gegeben werden muss, auf welchen Flurstücken GVO angebaut werden. Im letzten Jahr konnten bei einem Erprobungsanbau die Anbaufelder – zum Unmut vieler Verbraucher und Landwirte – noch geheim gehalten werden.

Eingeführt wurden auch strenge Anbauregeln für den Landwirt und eine Produktinformationspflicht für den Saatgutproduzenten. In den ökologisch sensiblen Gebieten, die unter die europäische Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH) fallen, kann der Anbau von GVO verboten werden.

Allerdings ist die EU-Freisetzungs-Richtlinie noch nicht vollständig umgesetzt, da einige dieser Regelungen im Bundesrat zustimmungspflichtig sind. Daher hat der Bundestag im März das Gentechnikgesetz II beschlossen. Mit ihm werden Vorgaben zur Unterrichtung der Öffentlichkeit und Vorschriften über Angaben zur Risikobewertung und zum Monitoringplan in einem Zulassungsantrag umgesetzt.

Haftungsregelung schützt

Gentechnikfreiheit

Der Verbraucher entscheidet

Wer GVO anbaut, muss für die Verunreinigung gentechnikfreier Felder haften (Fortsetzung von Seite 1)

→ Aufgrund einer komplizierten Verhandlungslage wurde auf Druck einiger SPD-geführter Bundesländer die Regelung zum Standortregister etwas abgeschwächt. Zukünftig soll nicht mehr das Flurstück, sondern nur noch die Gemarkungsveröffentlicht werden. Anspruch auf Informationen zu Flurstücken haben dann nur noch direkt Betroffene.

Nunmehr ist der Bundesrat gefragt – mit offenem Ausgang. Der Kampf um die Agrogentechnik geht also weiter. CDU und FDP lehnen die rot-grüne Gentechnikgesetzgebung ab. Sie wollen, dass GVO zukünftig ungehemmt auf deutschen Äckern wachsen. Ihr Argument: Einige Tausend Arbeitsplätze, die in der Forschung entstehen könnten. Dass

eine Ausbreitung von GVO auf fremde Äcker aber das Mehrfache an Arbeitsplätzen allein im Öko-Landbau vernichten würde, interessiert die Opposition nicht.

Jetzt ist es an der Zeit, dass Verbraucher und Landwirte deutlich ä-

ßern, wo der Zug hinfahren soll. An einem entsprechenden Druck aus der Bevölkerung können auch CDU und FDP nicht vorbeie. Wir sollten dem Beispiel der britischen Insel folgen: Sie ist gentechnikfrei. Das hat Volkes Wille bewirkt.

Gentechnikgesetz II im März beschlossen

Waldpolitik

Novellierung des Waldgesetzes

Naturnahe Wälder und mehr Holznutzung sind das Ziel.

Brandenburgs Wälder bestehen zu 81 Prozent aus Kiefern. Weil aber nur eine Vielfalt an Baumarten die Wälder stabiler macht, will die rot-grüne Bundesregierung für mehr naturnahe Wälder sorgen. Einen Beitrag dazu soll die Novellierung des Bundeswaldgesetzes leisten. Kern wird die Einführung eines ökologischen Mindeststandards an die Waldbewirtschaftung sein. Wir werden in diesem Rahmengesetz zum Beispiel Kahlschläge ausschließen und festlegen, dass ein Mindestanteil standortheimischer Baumarten eingehalten werden muss. In Zukunft soll es also mehr Buchen und Eichen und weniger Kiefern und Fichten geben. Die wirtschaftliche Nutzung des Waldes bleibt aber weiter flächendeckend möglich.

Darüber hinaus wollen wir dafür sorgen, dass sich der Kleinprivatwaldbesitz besser zu forstwirtschaftlichen Vereinigungen zusammenschließen kann. Gerade in Ostdeutschland haben sich viele Waldbesitzer noch keiner Forstvereinigung angeschlossen. Die Folge: Ihr Wald bleibt weitgehend ungenutzt. Das ist kein Gewinn für die Umwelt, denn durch Nutzungsverzicht wird kein Kiefernwald naturnah. Vielmehr wäre es ökologisch wünschenswert, wenn der umweltfreundliche, nachwachsende Rohstoff Holz vermehrt genutzt würde. So könnte der Waldumbau vorankommen. Und Holz könnte viel Erdöl ersetzen. Das gehört – neben naturnahen Wäldern – auch zu den Zielen der rot-grünen Bundesregierung.

Natur- und Umweltschutz

Allee oder Salzstraße?

Brandenburger und ihre Gäste sind sich einig – die einheimischen Alleen gehören zu den landschaftlichen Kostbarkeiten unseres Bundeslandes. Sie prägen unsere Regionen und geben Brandenburg ein Stück Identität. Kein Naturschutzthema genießt eine solch hohe Aufmerksamkeit wie der Alleenschutz. Dennoch sind „unsere“ Alleen bedroht.

Undefinierbare Markierungen an Straßenbäumen lassen häufig ihr Schicksal ahnen. Einige Bäume haben bereits ein stattliches Alter erreicht; viele jedoch sterben keinen „natürlichen Tod“. Die Ursachen für kranke Alleeebäume sind vielfältig. Häufig zählen dazu dilettantische Pflegeschnitte oder Straßenausbauten. Tödlich für Alleen sind hohe Salzlasten, denn Alleeebäume sind zumeist salzempfindliche Arten, wie beispielsweise Linden. Bis zu 3,5 Kilogramm landen auf einem Meter Straße pro Winter in Brandenburg, um glatte Fahrbahnen zu vermeiden.

Die Folgen sind Spritzschäden und Verätzungen am Stamm. Salz entzieht dem Baum Wasser. Außerdem speichert die Pflanze gezwungenermaßen Salz. Das führt zu einer auch für den Laien erkennbaren Ausbleichung der

Blätter. Für das Grundwasser stellt Salz eine Belastung dar, denn Salz wird nicht abgebaut. Es sickert in gelöster Form ins Grundwasser.

Salzmengen können getrost reduziert werden. Es existiert keine grundsätzliche gesetzliche Streupflicht. Selbstverständlich ist, dass an verkehrswichtigen und gefährlichen Stellen gestreut werden muss. Es bedarf einer klugen Abwägung, ob der Verkehrssicherungspflichtige, d.h. Land, Kreis oder Kommune, tatsächlich Salz wählt oder ein „abstumpfendes“ Mittel, beispielsweise Split. Auf Nebenstraßen reicht in der Regel die Räumung.

Übrigens zahlt nicht nur die Umwelt einen hohen Preis für diese Salzlast. Die Schäden an der Fahrbahn und vor allem an Brücken sind enorm, denn Salz senkt kurzzeitig die Temperatur auf Beton

Jeden Winter 3,5 Kilogramm Salz je Meter Straße



Majestätische Alleen - landschaftliche Kostbarkeiten Brandenburgs.



und Asphalt. Dadurch entstehen Risse, in die salzhaltiges Wasser eindringt und eine weitere Erosion auslöst. Salzbeläge in Bremssystemen können Bremswege verdoppeln. Und Autofahrer können ein Lied davon singen, wie die Karosserie im Winter durch Korrosion gefährdet ist.

Um unsere Alleen zu erhalten, müssen fehlende Bäume umgehend ersetzt werden. Seit 1990 wurden ca. 80.000 Alleeebäume in Landeshoheit gepflanzt, allerdings hätte das Verkehrsministerium mit seinen Straßenbauämtern nach offizieller Statistik 85.000 Bäume pflanzen lassen müssen. Und das Ministerium erklärt, dass kein Geld zum vollen Ausgleich vorhanden wäre.

Doch Geld ist nicht alles. Brandenburgs Alleen brauchen einen maßvolleren Umgang mit Salz, sorgfältige, fachgerechte Pflegeschnitte und eine umweltfreundliche Verwaltung. Daran werden wir die Landesbehörden und Verkehrssicherungspflichtigen noch häufig erinnern müssen.

Wassergesetz überarbeiten

Die Prognosen der Klimaforscher sagen Düsteres vorher. Wenn nichts gegen den Klimawandel unternommen wird, dann trocknet Brandenburg weiter aus, denn Niederschläge bleiben aus und Grundwasserstände sinken.

Höchste Zeit, den Wasserhaushalt zu stabilisieren!

Nach wie vor sorgen Wasser- und Bodenverbände in weiten Teilen Brandenburgs dafür, dass das Wasser im Frühjahr möglichst schnell aus der Landschaft abgeführt wird. Die dramatische Situation des Landschaftswasserhaushaltes erfordert jedoch ein Umdenken bei der Gewässerunterhaltung. Es muss mehr Wasser in Brandenburgs Landschaft gehalten werden. Der Unterhaltungsaufwand von Gewässern kann auf etwa die Hälfte vermindert werden. Das wäre nicht nur gut für die Umwelt, sondern auch für die Flächeneigentümer. Sie könnten viel Geld sparen.

Die Landwirtschaft wird davon – vernünftig umgesetzt – keinen Schaden haben. Im Gegenteil, auch sie leidet sowohl unter der Austrocknung des Landes als auch den hohen Wasserverbandsbeiträgen. Viel Schaden richtet die Entwässerung aber in den Wäldern und Naturschutzflächen an. Umso schlimmer, dass in Brandenburg ausgerechnet die Eigentümer von



Wasser im Überfluss? Der Schein trügt! Es wird trockener in Brandenburg.

Wäldern und Naturschutzflächen die Entwässerung der Landschaft mit ihren Beiträgen in hohem Maße mitfinanzieren müssen.

Aufgaben und Finanzierung der Wasser- und Bodenverbände müssen endlich angepasst werden. Daher muss das Landeswassergesetz novelliert werden! Die Ankündigungen der „großen“ Koalition sind allerdings eine Enttäuschung: Geschädigte Waldbesitzer sollen weiterhin genau so hohe Beiträge zahlen wie Landwirte, die auf grundwassernahen Standorten wirtschaft-

ten und einen Vorteil aus der Gewässerunterhaltung haben, oder wie Kommunen, die großflächig versiegeln. Die Landesregierung muss die Waldbesitzer entlasten, die auf den kargen Brandenburger Böden zumeist rote Zahlen schreiben!

Wenn die Landesregierung nicht handelt, muss der Bund handeln. Ich möchte erreichen, dass der Bundestag im Wasserhaushalts- und im Wasserverbandsgesetz festschreibt, dass die Beiträge zu den Wasser- und Bodenverbänden nach Abflussmenge und Flächennutzung gestaffelt werden.

Arbeitsmarkt

Hartz-Reformen in Brandenburg gut angelaufen

Der Umbau der Arbeitsagenturen zu modernen Dienstleistungszentren ist ein Kernstück der Agenda 2010

der rot-grünen Bundesregierung. Für ein langfristiges Gelingen der Reform ist es wichtig, frühzeitig

die Schwierigkeiten in der Umsetzung zu erkennen, um diesen auf der Bundesebene entgegensteuern zu können.

In den vergangenen Monaten habe ich mir einen Überblick über den Stand der Umsetzung der Arbeitsmarktreformen in den Brandenburger Regionaldirektionen der Agenturen für Arbeit in Frankfurt, Cottbus, Potsdam, Eberswalde und Neuruppin verschafft. Darüber hinaus war ich im Amt für Arbeitsmarkt des Landkreises Ostprignitz-Ruppin zu Gast, der die Betreuung und Vermittlung der Arbeitslosengeld-II-Empfänger in eigener Regie übernommen hat.

Erfreulicherweise konnte ich feststellen, dass die Einführung des Arbeitslosengeldes II über den Jahreswechsel trotz einer Reihe von Problemen reibungsloser von statten ging, als viele das befürchteten hatten.

Gleichzeitig bestätigte sich aber auch für mich das Bild, dass die Umstellungen einen Großteil der Kapazitäten der Ämter gebunden haben, so dass die Vermittlungsoffensive, die den eigentlichen Kern der vier Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz I-IV) darstellt, bisher nur schleppend begonnen hat. Diese muss nun ins Zentrum der Arbeit in den Agenturen rücken.

Das zweite wichtige Anliegen meiner Besuche betraf die Vermittlung in so genannte Zusatz-(1-Euro)-Jobs. Hier ist zwingend darauf zu achten, dass keine Arbeitsverhältnisse geschaffen werden, die in

Konkurrenz zum ersten Arbeitsmarkt stehen. Die Arbeit der dafür eingerichteten oder noch einzurichtenden Beiräte bei den Arbeitsagenturen sollten wir Grüne genau im Auge behalten, um uns bei problematischen Entwicklungen frühzeitig einschalten zu können.

Das gleiche gilt bei der Festsetzung der Grenzen für einen angemessenen Wohnraum für Arbeitslosengeld-II-Empfänger auf Kreisebene. Unsere Kommunalpolitiker sollten sich auch bei der Umsetzung der entsprechenden Beschlüsse immer wieder intensiv einbringen, um unnötige Härten bei den Betroffenen zu vermeiden.

Vermittlung in Arbeit muss Priorität haben

Regionale Kreisläufe im Spreewald

Am 11. Januar besuchte Cornelia Behm gemeinsam mit einigen Grünen aus der Region die Schweinemastanlage der Firma Bolart in der Nähe von Vetschau. Die Einbindung des Betriebes in die regionale Wirtschaft erregte ihr besonderes Interesse.

Nicht nur das Futter stammt aus der Region, auch die Schlachtung und Verarbeitung der Tiere erfolgt im Spreewald. Strom und Wärme für die Ställe werden in der firmeneigenen Biogasanlage gewonnen, die mit der anfallenden Gülle betrieben wird.

Gentechnikfreies Brandenburg

Im Zeichen der geplanten Aussaat von genmanipuliertem Mais in Brandenburg stand eine Podiumsdiskussion des Kreisverbandes Oberhavel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 3. März in Schmachtenhagen. Cornelia Behm erläuterte den Zuhörern die neue Gentechnikgesetzgebung der rot-grünen Bundesregierung und diskutierte gemeinsam mit Landwirtschaftsvertretern und Verbrauchern die Risiken von gentechnisch veränderten Lebensmitteln.

Kein Ei mit der 3



Am 21. März verschenkte Cornelia Behm gemeinsam mit Potsdamer Bündnisgrünen Ostereier von „glücklichen Hühnern“ an die Einwohner der Stadt. Mit dieser Aktion warb sie für den Verzicht auf Eier, die aus Käfighaltung stammen. Eier von Hühnern aus der Käfighaltung sind mit einer 3 gekennzeichnet. Für die ökologische Haltung steht eine 0.

Kleine Terminauswahl von Cornelia Behm in Brandenburg. Einen vollständigen und aktuellen Überblick finden Sie unter www.cornelia-behm.de

24. April 2005

Anlässlich des 90. Jahrestags des Genozids an den Armeniern lädt Cornelia Behm zu einer Lesung von Franz Werfels Roman „Die 40 Tage des Musa Dagh“ mit anschließender Diskussion ein.

Kammerspiele Kleinmachnow (Potsdam-Mittelmark)

26. April 2005

Treffen mit Vertretern des Deutschen Anglerverbandes.

Schwedt (Uckermark)

2. Mai 2005

Besuch der Deutschen Wildtierstiftung

Klepelshagen (Uckermark)

6. Juni 2005

Vollversammlung des Forest Stewardship Council (FSC), der sich für eine ökologische und sozial verantwortliche Nutzung der Wälder unserer Erde einsetzt.

Berlin

13. Juni 2005

Besuch der Kindertagesstätte „Schatzkiste“, gemeinsam mit der Vorsitzenden der Kinderkommission des Deutschen Bundestages, Ekin Deligöz.

Woltersdorf (Oder-Spree)

17. Juli 2005

3. Havelbadetag

Schmergow/Groß Kreuz (Potsdam-Mittelmark)

Bleihaltige Munition konsequent verbieten

Aufgrund der hohen Zahl an Bleivergiftungen bei Seeadlern und anderen Greifvögeln ist ein Verbot bleihaltiger Munition dringend geboten. Cornelia Behm forderte deshalb eine Novellierung des Landesjagdgesetzes. Zudem kündigte sie an, sich auch auf der Bundesebene für eine entsprechende Gesetzesänderung einzusetzen.

Pressemitteilung vom 20. Februar 2005

Neue Internet-Präsentation

Zu Ostern wurde Cornelia Behms neuer Internetauftritt unter www.cornelia-behm.de frei geschaltet. Die Homepage informiert aktuell über Cornelias Arbeit im Bundestag und in Brandenburg. Schauen Sie doch einfach mal vorbei!



Behm fordert regionenübergreifende Tourismusförderung

Brandenburg muss für Besucher, die längere Aufenthalte planen, attraktiver werden. Dazu ist ein neues Förderkonzept des Landes unverzichtbar. Das Land muss stärker auf regionenübergreifende Angebote setzen und dabei die Vorzüge Brandenburgs für den Wasser- und Radtourismus betonen. Die bisherige „Kleinstaaterei“ der einzelnen Kommunen und vergleichsweise kleinen Tourismusregionen wird für ein nachhaltiges Wachstum des naturnahen Tourismus nicht ausreichen.

Pressemitteilung vom 24. März 2005

Maut-Umgehung auf Bundesstraßen stoppen

Immer mehr Spediteure weichen auf Brandenburger Straßen aus, um die Autobahnmaut zu umgehen. Lärm- und Rußbelastungen an vielen innerörtlichen Durchfahrten sind mittlerweile unerträglich. Die entstehenden Schäden am Straßenbelag verursachen immense Kosten.

Bund und Länder müssen deshalb schnell ein Maßnahmenpaket entwickeln, das die Schleichwege für den LKW-Durchgangsverkehr unterbindet. Über eine Mauterhebung auf Bundesstraßen sollte nachgedacht werden. Punktuelle Verkehrsverbote an besonders betroffenen Strecken für LKWs oberhalb von 7,5 Tonnen dürfen ebenfalls kein Tabu sein.

Pressemitteilung vom 15. März 2005

Kirche/Religion

„1000 Jahre Christianisierung“ in Brandenburg

In diesem Jahr jährt sich die „Christianisierung“ Brandenburgs zum 1000sten mal. Die Gemeinsamkeiten zwischen kirchlichem und grünem Engagement aufzuzeigen, widmet sich eine Veranstaltungsreihe unter diesem Motto.

Das Jahr 2005 ist prominent zum Einstein-Jahr erklärt worden. Aber auch des 200sten Todestages Friedrich Schillers wird in diesen Monaten an vielen Orten gedacht. Weniger Aufmerksamkeit ist bisher einem anderen historischen Ereignis zu Teil geworden, das in diesem Jahr in Brandenburg Anlass zu kritischem aber auch festlichem Gedenken gibt: In diesem Jahr jährt sich urkundlich die so genannte „Christianisierung“ Brandenburgs zum 1000sten mal. Als engagierte Christin habe ich dieses historische Datum zum Anlass für eine Veranstaltungsreihe genommen, die verschiedene gesellschaftspolitische Aspekte der Bedeutung von Kirche in unserer Gesellschaft sowie die Berührungspunkte und Schnittmengen zwischen kirchenpolitischem und grünem Engagement aufzeigen soll. Dabei spielen kulturelle und kulturhistorische Aspekte genauso eine Rolle wie ökologische und gesellschaftspolitische.

Die herausragenden Veranstaltungen werden dabei das gemeinsam mit der Kirchengemeinde Joachims-

thal veranstaltete Musik- und Tanzfestival gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit „Musik im Park – Jugend für Toleranz“ am 12. August und eine große Benefizveranstaltung für die vom Einsturz bedrohte Baruther Kirche am 10. September sein. Neben einer Veranstaltung zur Kirchenmusik am 6. August in Königs Wusterhausen und einem Gesprächsforum mit Vertretern der sorbischen Minderheit in Brandenburg im Herbst stehen darüber hinaus natürlich vor allem Ökologie und Landwirtschaft

im Zentrum der Aufmerksamkeit. Am 27. April werde ich gemeinsam mit dem Förderverein „Mittlere Havel“ beim Jubiläum „825 Jahre Kloster Lehnin“ zu Gast sein. Der nachhaltigen Waldwirtschaft widme ich mich am 6. Mai bei einer Führung durch den Kirchenforst des Domstifts Brandenburg bei Pritzerbe.

Die genauen Termine sowie konkrete Informationen zu den einzelnen Veranstaltungen befinden sich auf meiner Homepage unter www.cornelia-behm.de.

Bis heute prägt die Kirche das Brandenburger Erscheinungsbild in vielerlei Hinsicht, so wie diese in Fergitz.



Impressum

Cornelia Behm Nachrichten

Herausgeberin:

Cornelia Behm (V.i.S.d.P.)

Wahlkreisbüro,

Jägerstr. 18, 14467 Potsdam

Tel.: 0331.887 10 56

Fax: 0331.887 10 55

Internet: www.cornelia-behm.de

cornelia.behm@wk.bundestag.de

Fotos:

Rüdiger Herzog, Winfried Schröder

Layout/Satz: WortSchlag.net

Postfach 880135

13107 Berlin

Tel./Fax: 030.243 55 868

Mail: service@wortschlag.de

Druck:

Druckerei E. Stein

Hegelallee 53

14467 Potsdam